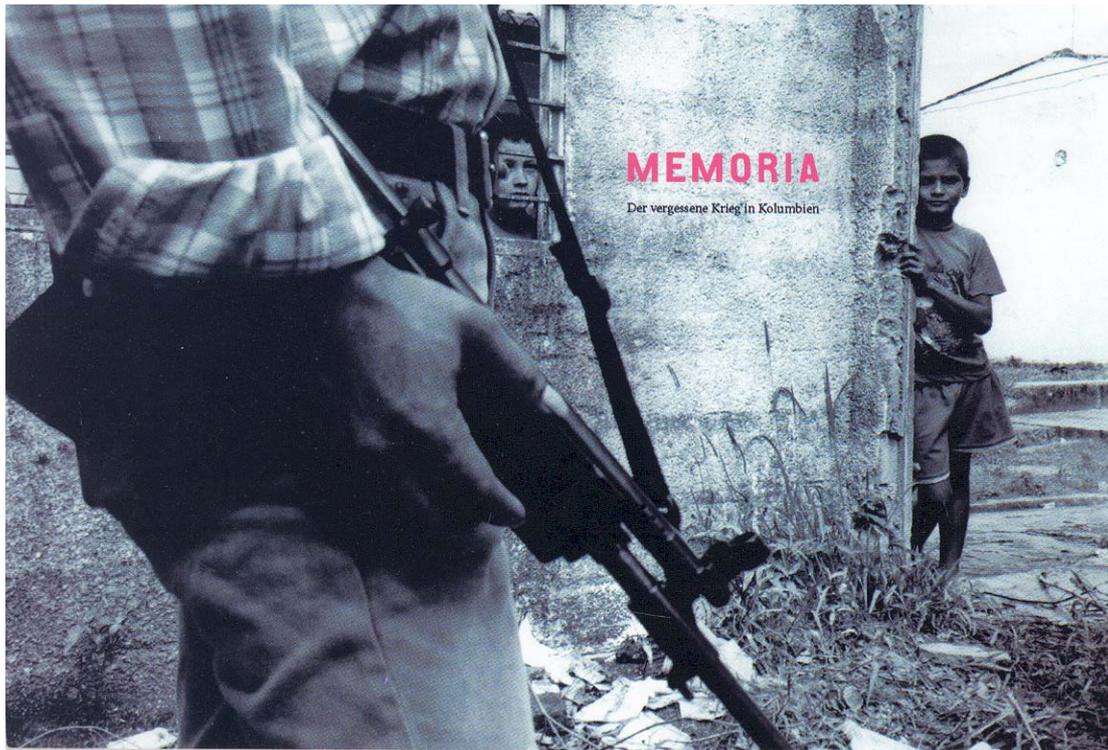


# Kolumbien – Der vergessene Konflikt



## **Dokumentation**

anlässlich der Fotoausstellung „Memoria“  
auf dem Fronwagplatz  
2004

# Inhaltsverzeichnis

## Vorwort

|   |     |
|---|-----|
| 1 Grundlagen.....   | 4   |
| 1.1 Angaben zur Bevölkerung.....  | 4   |
| 1.2 Naturräumliche Gliederung und Ressourcen.....                                       | 4   |
| 1.3 Politisches System.....   | 4   |
| 1.4 Angaben zur Wirtschaft.....   | 4   |
| 1.5 Aktuelles Ausmass des Konfliktes.....   | 4   |
| 2 Ursachen des Konfliktes.....  | 6   |
| 2.1 Historische Erklärungen.....  | 6   |
| 2.1.1 Kriminalisierung politischer Gruppierungen.....                                   | 6   |
| 2.1.2 Die Entstehung der Guerrillas.....  | 6   |
| 2.1.3 Die <i>FARC</i> (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia).....                | 7   |
| 2.1.4 Die <i>ELN</i> (Ejército de Liberación Nacional).....                             | 7   |
| 2.1.5 Stellung der Armee.....   | 8   |
| 2.1.6 Paramilitarismus.....   | 8   |
| 2.1.7 Die Entstehung der kolumbianischen Drogenindustrie.....                           | 9   |
| 2.2 Naturräumliche und wirtschaftliche Erklärungen.....                                 | 10  |
| 2.2.1 Ressourcen.....   | 10  |
| 2.2.2 Infrastrukturelle Erschliessungen.....  | 11  |
| 2.2.3 Erforschung und Nutzung der Biodiversität.....                                    | 12  |
| 2.2.4 Agroindustrie.....  | 12  |
| 2.2.5 Wirtschaftliche Einbindung.....   | 13  |
| 2.3 Die aktuelle Situation.....   | 13  |
| 2.3.1 Die Guerilla heute.....   | 13  |
| 2.3.2 Friedensprozess und <i>Plan Colombia</i> .....                                    | 14  |
| 2.3.3 Die Regierung Uribe.....  | 15  |
| 3 Literaturverzeichnis.....   | 16  |
| 1 Anhang (siehe separates Dokument)   |     |
| 1.1 Wie hilft die Schweiz?.....   | A1  |
| 1.1.1 EDA, Politische Abteilung IV (PA IV).....   | A1  |
| 1.1.2 DEZA, Abteilung Humanitäre Hilfe und SKH (Schweizerische Katastrophen Hilfe)..... | A1  |
| 1.2 Akteure im Bürgerkrieg.....   | A3  |
| 1.3 Die Entstehung der Guerillas.....   | A4  |
| 1.4 Karten.....   | A5  |
| 1.4.1 Physische Karte, Übersicht.....   | A5  |
| 1.4.2 Politische Karte.....   | A6  |
| 1.4.3 Karte Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.....                                   | A7  |
| 1.4.4 Karte Bodenschätze, Industriestandorte.....                                       | A8  |
| 1.4.5 Karte Erdöl und Erdgas.....   | A9  |
| 1.5 Ex- und Importgüter bzw. –länder.....   | A10 |
| 1.6 Erdöl und indigene Bevölkerung.....   | A11 |
| 1.7 Biodiversität.....  | A12 |
| 1.8 Freihandelszonen.....   | A13 |
| 1.9 Naturräumliche Ursachen des Konfliktes.....   | A14 |

# Vorwort

„Das Problem Lateinamerikas ist nicht seine Armut, sondern sein Reichtum.“ Dieser oft zitierte Ausspruch des bekannten uruguayischen Autors Eduardo Galeano lässt bereits gewisse Diskrepanzen ahnen. Je weiter man sich in die Materie einliest, je mehr man recherchiert, desto bewusster wird einem, wie unfassbar viele Aspekte der Armut und des Reichtums hier zusammenspielen und zur aktuellen Situation führen. Es wird einem auch bewusst, wie schwierig es ist überhaupt Material über Kolumbien zu finden und die „neutralen“ Informationen aus den oft tendenziösen Quellen herauszufiltern.

Natürlich vermag eine Dokumentation, wie die vorliegende, nicht alle Aspekte zu erfassen und aufzuzeigen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, Informationen zusammenzustellen, die helfen sollen ein Hintergrundwissen zu den Geschehnissen in Kolumbien aufzubauen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Die Dokumentation enthält einen umfangreichen Anhang, in welchem Karten und Grafiken auch als Folienvorlagen zu finden sind.

Der Schwierigkeit, Fakten von tendenziösen Informationen zu trennen, versuchten wir mit genauen Quellenangaben zu begegnen... Und wir hoffen, dass nach der Lektüre beim Wort „Kolumbien“ nicht mehr bloss an Drogen, Entführungen und vielleicht Kaffee gedacht wird.

Andina Keller  
Anna Jablonkay

# 1 Grundlagen

- Fläche: 1'141'748 km<sup>2</sup>
- Einwohner: (2001) 42,803 Mio.
- Hauptstadt: Bogotá

## 1.1 Angaben zur Bevölkerung

- 58 % Mestizen, 20 % Weisse, 14 % Mulatten, 4 % Schwarze, 3 % Zambos (Schwarz-Indio)
- Städtische Bevölkerung: 75 % leben in der Stadt, oft leben über 50 % der Stadtbewohner in inner- und randstädtischen Elendsvierteln (Tugurios)
- rund 93 % Katholiken
- Mitglieder Guerillas: *FARC*: 15'000 - 18'000, *ELN* 5'000 (Abkürzung siehe 2.1.3-4)
- Mitglieder Paramilitärs: *AUC*: 12'000 (Abkürzung siehe 2.1.6)
- Flüchtlinge: Ende 2002: 2.5 Mio. Binnenflüchtlinge, 24'100 in den USA
- jährliche Opfer des Bürgerkriegs: bis 30'000, seit 1964 weit über 200'000 Opfer

## 1.2 Naturräumliche Gliederung und Ressourcen

Einen Überblick über die Lage Kolumbiens, die naturräumliche Gliederung und die Ressourcenverteilung bieten Karten im Anhang 1.4.

## 1.3 Politisches System

- Präsidentialrepublik, der Präsident ist Staatsoberhaupt, Regierungschef und Oberbefehlshaber der Streitkräfte
- direkte Wahl des Präsidenten alle 4 Jahre (Wiederwahl nicht möglich)
- Staats- und Regierungschef seit Aug. 2002: Alvaro Uribe Vélez, rechtskonservativ, ursprünglich parteilos, heute Partei *Primero Colombia*
- Repräsentantenhaus mit 165 Mitgliedern, davon 4 für Minderheiten reserviert:
  - *Partido Liberal* (Liberale) 54 Sitze (1998 84 Sitze)
  - *Partido Conservador Colombiano* (Konservative) 21 Sitze
  - *Coalición* (Kleinparteienbündnis) 17 Sitze
  - Sonstige 69 Sitze
- Senat mit 102 Mitgliedern, davon 2 für Indios reserviert
- Im Jahr 1991 wurde eine neue Verfassung verabschiedet. Diese wurde von Beginn an sowohl von den Konservativen als auch den Linken getragen. Neue Parteien haben es nun leichter ins Parlament gewählt zu werden. Auch das Parlament selbst wurde gegenüber dem Präsidenten gestärkt. Er hat zwar noch immer ein Suspensiv-Veto, ist aber mit einfacher Mehrheit der beiden Kammern überstimmbare. Allerdings hat der Präsident Notstandsbefugnisse, mit welchen er das Parlament umgehen kann. Ein wesentliches Detail der neuen Verfassung für die aktuelle politische Situation ist der Umstand, dass Straftäter nicht ans Ausland ausgeliefert werden dürfen. Dies betrifft auch Täter von Drogendelikten, was einen ständigen Konflikt mit den USA schürt aber gleichzeitig die Autonomie Kolumbiens unterstreicht. Eines der großen Projekte der letzten 15 Jahre ist jenes der Dezentralisierung. Die Stärkung der Regionen soll einerseits demokratisierend und andererseits vor allem friedensschaffend wirken.
- 1935 wurde der erste Gewerkschaftsbund gegründet. Heute werden die Interessen der Arbeitnehmer vorwiegend über den Gewerkschaftsbund artikuliert. Ca. 1,5 Mio.

Arbeitnehmer sind gewerkschaftlich organisiert, das entspricht ungefähr 1/5 aller Arbeitnehmer.

Digitaler Brockhaus 2004, Artikel Kolumbien  
Fischer Weltalmanach 2004, Artikel Kolumbien  
Krumwiede, Waldmann, Politisches Lexikon Lateinamerika, Becksche Reihe

## 1.4 Angaben zur Wirtschaft

- BSP je Einw. (2001) 1890 US \$
- BIP (2001) 823'411 Mio. US \$
- Erwerbstätigkeit (2000): Landwirtschaft 13%, Industrie 30%, Dienstleistungen 57%
- Import: 12 690 Mrd. US \$, Export: 11 900 Mrd. US \$
- Für die detaillierte Angabe von Ex- bzw. Importgütern und –ländern siehe Anhang 1.4.6.
- Auf der Länderliste des Jahres 2003 des *Human Development Index* (HDI) der UN belegt Kolumbien Platz 64.

Fischer Weltalmanach 2004  
UN: HDI – Liste 2003

## 1.5 Aktuelles Ausmass des Konflikts

Kolumbien erlebt eine soziale und wirtschaftliche Krise von noch nie da gewesenem Ausmass. Die Arbeitslosenrate der aktiven Bevölkerung beträgt 20 Prozent. Dazu kommen noch Unterbeschäftigung und allgemeine Not. Das Vermögen ist auf einen kleinen Teil der Bevölkerung aufgeteilt. 40 Prozent der Bevölkerung leben von 2 Dollar pro Tag (diesen Satz haben die Weltbank und die interamerikanische Entwicklungsbank errechnet). In Wirklichkeit können beinahe 75 Prozent der Bevölkerung als in Not und Armut lebend betrachtet werden. Diese sozialen Ungleichheiten nähren in Kolumbien den Bürgerkrieg, dessen Ursachen und Facetten unten dargestellt werden sollen.

Einige Formen der Gewalt, mit denen die Kolumbianer heute leben müssen: Die häufigste Todesursache für Männer zwischen 15 und 45 Jahren ist ermordet zu werden. Die Zivilbevölkerung ist in Gefahr, Opfer von Bombenanschlägen, Massakern, von Entführung und „Verschwindenlassen“ zu werden. Prominente Politiker, Richter, Journalisten, Gewerkschafter werden wegen ihres politischen Engagements entführt oder ermordet. Bauern werden gewaltsam vertrieben und damit enteignet, Schutzgelder werden erpresst, Jugendliche werden gezwungen, in der Guerilla mitzumachen. Die Zivilbevölkerung, früher die Bauern auf dem Lande, heute zunehmend die städtische Bevölkerung, gerät zwischen die Fronten und wird von allen Parteien der gegnerischen Komplizenschaft verdächtigt. So misstraut jeder jedem, Gewalt ist an der Tagesordnung und wird kaum geahndet. 90 % aller Straftaten werden nicht aufgeklärt.

Zusätzlich verschärft hat sich der Konflikt durch den grassierenden Drogenhandel. Die grossen Drogenkartelle wurden zwar zerschlagen, doch damit ist das Drogengeschäft keineswegs zerstört, sondern lediglich zersplittert. Die Drogenbosse leben in eigens für sie gebauten komfortablen Gefängnissen und haben wahrscheinlich noch immer Einfluss auf den lukrativen Handel. Amnestie und Arrangements mit Gewalttätern (faktische Straflosigkeit), der fatalistische Übergang zur Tagesordnung nach Gewaltexzessen gehören zur spezifisch kolumbianischen politischen Tradition. Dies alles führt zu einer Politikverdrossenheit der Menschen, so dass die Wahlbeteiligung auch heute selten über 50 % liegt.

Krumwiede, Waldmann, Politisches Lexikon Lateinamerika, Becksche Reihe  
Einfache Anfrage an den Bundesrat 2002

## 2 Ursachen des Konflikts

### 2.1 Historische Erklärungen

#### 2.1.1 Kriminalisierung politischer Gruppierungen

Eine wichtige Ursache des Bürgerkriegs ist die Stellung der linken Gruppierungen im politischen System. Sie haben und hatten auf Parlamentsebene kaum Einfluss, sondern versuchen ihre Anliegen durch Kampfmassnahmen und Gewalt durchzusetzen. Wie ist diese Radikalität und Illegalität zu erklären? Ein zentraler Punkt ist das traditionelle Zweiparteiensystem, das erst seit der Verfassungsreform 1991 aufgeweicht wurde. Die Konservative und die Liberale Partei entstanden bereits in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Die Konservative Partei vertrat die Interessen der Kirche und Grossgrundbesitzer. Die Liberalen sahen sich als Verteidiger der Rechte der armen Landbevölkerung. Zwar war Kolumbien als territorialer Raum und Verwaltungsgebiet infolge der Unabhängigkeitskriege de facto schon existent, doch die Festigung des Nationalstaats erfolgte, wie in den meisten südamerikanischen Ländern, erst in den 1880er Jahren. Somit waren beide Parteien vor der Festigung des Staatsapparats präsent. Die Parteizugehörigkeit wurde meist nicht durch freie Wahl, sondern durch Geburt bestimmt. Die Loyalität zur "ererbten" Partei behinderte die Herausbildung der abstrakten Idee eines für alle Schichten zuständigen politischen Systems. Noch heute wehren sich die traditionellen Parteien vehement gegen politische Konkurrenz und Opposition. Politische Gegner werden nicht als Menschen mit unterschiedlichen Meinungen und Interessen wahrgenommen, sondern als Feinde. Bevor die sozialistischen und kommunistischen Ideen in den 1960er Jahren vor allem bei den Bauern auf Sympathie stiessen, bekämpften sich die beiden Parteien gegenseitig (1889-1902: *Krieg der 1000 Tage*, 100'000 Tote; 1948-1958: *Violencia*, 200'000 Tote). Ab diesem Zeitpunkt war dann der gemeinsame Feind die Linke. Dies ist mit ein Grund für die Kriminalisierung der politischen Bewegung der Linken.

#### 2.1.2 Die Entstehung der Guerillas

1936 wurde der erste ernsthafte Versuch einer Landreform durchgeführt. Das "Gesetz 200" der Liberalen Partei war Folge von Landbesetzungen durch Bauern und Indios mit der Unterstützung der im Juli 1930 gegründeten Kommunistischen Partei (PCC). Diese zunehmend sozialistisch geprägte Politik spaltete die Liberale Partei, da in ihr auch Mitglieder der Oligarchie Führungspositionen übernahmen. Oligarchie meint, dass die tatsächliche Herrschaft in den Händen der reichsten Familien des Landes liegt.

Nach dem zweiten Weltkrieg versuchte der Liberale Jorge Eliécar Gaitán eine populistische Politik mit sozialistischen Zügen durchzusetzen. Er wurde von Handlangern der traditionellen Oligarchie am 9. April 1948 ermordet. Es kam zu einem Volksaufstand und das Land versank in einem mehrjährigen blutigen Bürgerkrieg (1948 – 1958), der den Menschen noch heute unter dem Namen *La Violencia* (die Gewalt) in düsterer Erinnerung ist. In der *Violencia* liegt der Ursprung der paramilitärischen Todesschwadronen, die von den Großgrundbesitzern als Privatarmeen zur Vertreibung der Bäuerinnen und Bauern von deren Ländereien eingesetzt wurden und bis heute verantwortlich für zahlreiche Massaker unter den Landarbeitern sind. Und hier liegt auch der Ursprung des organisierten und infolgedessen auch bewaffneten Widerstands der Bäuerinnen und Bauern, nachdem Teile der Liberalen sowie die Kommunistische Partei 1949 zur Organisierung der Volksverteidigung aufgerufen hatten. Diese bewaffneten Massen bilden die Vorläufer der heutigen Guerillas.

Die Phase der *Violencia* wurde erst durch ein Bündnis zwischen liberalen und konservativen Kräften gestoppt. Der Burgfrieden wurde in der *Frente Nacional* (1958-1974) festgelegt: Sämtliche politische Ämter teilten die Liberalen und Konservativen zwischen sich auf, der Präsidentenposten rotierte von nun an zwischen beiden Organisationen im Vierjahreszyklus. Die Arbeiterklasse blieb weiterhin ausgeschlossen. Ebenso wurden die Parlamentssitze,

Kabinettsposten, politischen Verwaltungspositionen sowie die Gerichtssitze aufgeteilt. Hintergrund war die Gefahr, dass das Militär an politischer Bedeutung gewinnen könnte, was sich durch die Präsidentschaft Generals Gustavo Rojas Pinilla (1953-1957) bestätigt hatte. Erst während der Präsidentschaft von Virgilio Barco (1986-1990) wurde auf diese informelle Teilung verzichtet, indem man eine Koalition einging. Der Ausschluss weiter Bevölkerungsteile von der politischen Mitbestimmung war einer der Gründe, dass in den sechziger Jahren eine Vielzahl von Guerillaorganisationen entstanden (Guerilla = Kleinkrieg, geführt durch lokal organisierte Widerstandskämpfer).

Auch die kubanische Revolution 1959 hat die Entstehung von Guerillagruppen gefördert, da sie anschaulich den Erfolg der Guerillastrategie demonstrierte. In ganz Lateinamerika sprossen nun Guerillas wie Pilze aus dem Boden. Zusätzlich stellte der Ost-West-Konflikt eine günstige Ausgangsbedingung für eine revolutionäre Strategie dar, da andere kommunistische Staaten um militärische oder finanzielle Hilfe angegangen werden konnten. Das Pentagon reagierte darauf mit der Ausrufung des "*Plan LASO*" (Latin-American Security Operation), welcher auf die militärische Zurückdrängung der kommunistischen Bewegung in Lateinamerika zielte.

### 2.1.3 Die *FARC* (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia)

Die *FARC* unterscheiden sich bezüglich ihres Entstehungshintergrundes vom lateinamerikanischen Umfeld. Denn während die meisten marxistischen Guerillabewegungen in Lateinamerika durch die kubanische Revolution beeinflusst waren, fand die Entwicklung in Kolumbien früher und autonom statt. So können die *FARC* zu Recht als die älteste Guerilla Lateinamerikas bezeichnet werden. Die *FARC* entstanden aus bäuerlichen Selbstverteidigungseinheiten und als Reaktion auf die verstärkte militärische Unterdrückung dieser Bauernarmeen. Die Ziele der Guerilla waren bis 1982 im Wesentlichen auf den Schutz der Landbevölkerung und die Durchsetzung einer umfassenden Agrarreform begrenzt. Seither streben die *FARC* auch Veränderungen der politischen Struktur, insbesondere die Ausdehnung der politischen und ökonomischen Partizipationsmöglichkeiten an. Um die permanente Auseinandersetzung mit dem Staat finanzieren zu können, führten die *FARC* in den von ihnen kontrollierten oder umkämpften Gebieten ein eigenständiges Steuersystem ein. Vor allem Unternehmen mussten so genannte Revolutionssteuern bezahlen, aber auch der Kokainhandel wurde geduldet, und seine Besteuerung zählte zum festen Bestandteil des Kriegsbudgets der Guerilla. Der in den Medien oder auch von manchen kolumbianischen und US-amerikanischen Politikern häufig verwendete Begriff der "Narcoguerilla" trifft aber nur zum Teil zu, da die *FARC* zwar den Kokaanbau besteuern, die wesentlich lukrativere Verarbeitung zu Kokain aber in den nördlichen Gebieten Kolumbiens stattfindet, welche sich hauptsächlich unter der Kontrolle des Staates und der Paramilitärs befinden. Die Verdreifachung der Kokaanbaufläche seit 1990 ist ebenfalls nicht auf die Guerilla, sondern vor allem auf den Zusammenbruch der regulären Landwirtschaft zurückzuführen.

[http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/060ak\\_079ak\\_kolumbien.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/060ak_079ak_kolumbien.htm)

[http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/060\\_kolumbien.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/060_kolumbien.htm)

### 2.1.4 Die *ELN* (Ejército de Liberación Nacional)

Die *Nationale Befreiungsarmee* steht in der Tradition der von Ernesto Che Guevara entwickelten Guerillatheorie und wurde in den Städten vor allem von Studierenden, Intellektuellen und Anhängern der Befreiungstheologie gegründet. Die Befreiungstheologie entstand in den 1960er Jahren in Lateinamerika. Sie fasst die christliche Botschaft der religiösen Befreiung auch als soziale Befreiung auf und fordert die Christen zu aktivem, gewaltlosem Einsatz für die Schaffung gerechter gesellschaftlicher Strukturen auf. Sie übernahm Elemente der marxistischen Gesellschaftsanalyse. Nachdem der Aufbau einer Massenbasis nicht gelang, zogen sich die Kämpfer der *ELN* in die ländlichen Gebiete des

Nordostens zurück. Sie versuchten dort die Unterstützung der Bauern zu gewinnen, indem sie sich auf deren Seite in die Auseinandersetzungen zwischen Großgrundbesitzern und Bauern einmischten. Seit den 1980er Jahren richteten sich die Aktionen der *ELN* vor allem gegen die Aktivitäten internationaler, insbesondere an der Ausbeutung kolumbianischer Erdölreserven beteiligter Konzerne. Mit Anschlägen auf Pipelines oder Strommasten wurden diese zur Finanzierung der Guerilla gezwungen. Neben diesen Erpressungen gehörten Entführungen zu den Haupteinnahmequellen der *ELN*. Anders als die *FARC*, die den Kokaanbau dulden und besteuern, lehnte die *ELN* den Kokaanbau ab und ging teilweise in den von ihr kontrollierten Gebieten dagegen vor. Heute zählt die *ELN* ca. 5'000 Mitglieder.

[http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/060ak\\_079ak\\_kolumbien.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/060ak_079ak_kolumbien.htm)  
Digitaler Brockhaus, 2004, Artikel Befreiungstheologie

### 2.1.5 Stellung der Armee

Ein wichtiger historischer Grund für die Schwäche der Armee ist sicher die in Kap. 2.1.1 angesprochene Loyalität gegenüber der Partei und weniger gegenüber der Nation. Ausserdem war für den institutionellen Zusammenhalt lange die katholische Kirche zuständig. Im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen Staaten konnte sich um die Jahrhundertwende die liberale Gesinnung nicht durchsetzen, die konservative Partei blieb bestimmend von etwa 1890 bis 1930. Die Konservativen stützten sich besonders auf die katholische Kirche. Der Kirche wurde das Bildungsmonopol übertragen und der Katholizismus zur Staatsreligion des Landes ernannt.

Seit den 70er Jahren hat das Militär an Einfluss gewonnen. Z.B. werden Militärangehörige durch eigene Militärgerichte für Straftaten verurteilt und sind so der staatlichen Gerichtsbarkeit entzogen. Ausserdem haben Teile des Militärs und der Polizei sich an Aktionen der paramilitärischen "Todesschwadronen" beteiligt und auch mit der Drogenmafia zusammengearbeitet.

### 2.1.6 Paramilitarismus

Bei den Paramilitärs handelt es sich um Zivilisten, die zu den Waffen greifen – vordergründig, um sich selbst zu verteidigen -, tatsächlich, um ihre rechtskonservative Wertvorstellung mit Gewalt durchzusetzen. Die Regierung duldete diese Konkurrenz zum staatlichen Gewaltmonopol, ja förderte sie sogar, um der antikommunistischen Politik der Regierung eine gesellschaftliche Basis zu verschaffen. Aus diesen Milizen entstanden paramilitärische Gruppen, die dort, wo den staatlichen Sicherheitsorganen die Kontrolle entglitt, die Bekämpfung der Guerilla übernahmen. Sie zeichneten sich dabei durch eine besondere Brutalität aus. Ziel waren dabei nicht nur Guerillaeinheiten, sondern auch die Zivilbevölkerung, die als soziale Basis der Guerilla angesehen wurde. Der bäuerlichen Bevölkerung blieben und bleiben drei Möglichkeiten: mit den Paramilitärs zusammen zu arbeiten, die Region zu verlassen oder umgebracht zu werden. Die gewaltsame Vertreibung und der zwangsweise Miteinbezug der Zivilbevölkerung wurden zu zentralen Bestandteilen dieses Modells. 1.7 Mio. Menschen verloren so ihr Land, ihre Existenzgrundlagen und Zukunftsperspektiven. Die grosse Zahl der Binnenflüchtlinge erklärt sich aus dieser Situation (siehe Abschnitt 1.1).

Offiziell Ende der 1980er Jahre verboten, konnten immer wieder Verbindungen zwischen der Armee und den Paramilitärs nachgewiesen werden. Dabei spielte sich eine Arbeitsteilung ein, bei der die Paramilitärs für direkte Angriffe zuständig waren. Die Armee konnte sich im Gegenzug als neutrale Instanz zwischen den Kriegsparteien darstellen, die als einzige Kraft in der Lage war für Recht und Ordnung oder gar Frieden zu sorgen. So ist der Anteil der Kriegsoffer, die auf das Konto der Armee gingen, laut der *Comisión Colombiana de Juristas* von einem Drittel zu Beginn der 1990er Jahre auf heute fünf Prozent gesunken. Im Gegenzug ist der Anteil der Paramilitärs stark angestiegen, so dass diese heute für rund 80 Prozent der Todesopfer verantwortlich gemacht werden. Auch die von der Regierung Andrés Pastrana ins

Land gerufene UN-Sonderbotschafterin Hila Hiljani gab in ihrem im Dezember 2001 veröffentlichten Bericht den Paramilitärs die Hauptverantwortung für die katastrophale Menschenrechtssituation in Kolumbien. Darüber hinaus bestätigte dieser Bericht die Unterstützung der Paramilitärs durch die Armee. Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch (HRW)* legte 2002 Beweise vor, die der Hälfte der 18 Armeebrigaden Verstrickungen mit den Paramilitärs nachwiesen. In den letzten Jahren fand die Zusammenfassung der zuvor meist lokal agierenden, überwiegend kurzfristig angeheuerten Paramilitärs unter einem Zentralkommando, den *Autodefensas Unidas de Colombia (AUC)* statt. Seit 1998 konnten die *AUC* laut *Amnesty International (AI)* ihre Stärke von etwa 2.000 auf heute geschätzte 12.000 Kämpfer steigern. Die *AUC* finanzierten sich einerseits aus dem Drogengeschäft und wurden andererseits oft von lokalen Großgrundbesitzern und Unternehmen unterstützt. Auch unter der heutigen Regierung Uribe kommt es noch immer zur Zusammenarbeit zwischen Armee und Paramilitärs, wie der UNO-Delegierte James Lemoyne in einem Interview festhielt, das am 18. Mai 2003 in der kolumbianischen Tageszeitung *El Tiempo* erschienen ist.

[http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/060ak\\_079ak\\_kolumbien.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/060ak_079ak_kolumbien.htm)

### 2.1.7 Die Entstehung der kolumbianischen Drogenindustrie

Die Entstehung der kolumbianischen Drogenindustrie ist mit einem Paradoxon verbunden. Obwohl in den Andenländern Peru und Bolivien eigentlich kräftigere Kokapflanzen wachsen und der Anbau schon seit Jahrhunderten von den dort lebenden Indios betrieben wird, hat sich die Hauptindustrie zur Verarbeitung der Kokapaste in Kolumbien angesiedelt. Diese Entwicklung hat ihre Wurzeln in einem Bündel an Ursachen. Bedeutsam waren einerseits alte Schmugglerringe, die nach dem Marihuanaboom der frühen 70er Jahre erste Erfahrungen im Drogengeschäft sammeln konnten. Zum anderen bot der Bürgerkrieg einen geeigneten Nährboden für den Handel. Der überlastete kolumbianische Staatsapparat war nicht fähig, dem Drogenhandel im territorial zersplitterten Kolumbien Einhalt zu gebieten.

In den achtziger Jahren bildeten sich zwei Drogenkartelle (*Calí* und *Medellín*), die zwischenzeitlich den Handel monopolisierten. Der gesellschaftliche Einfluss des Drogengeschäfts war verheerend. Die Ausführung der Konkurrenzkämpfe im illegalen Markt erfolgte meist mittels Gewalt. Die verschiedenen bewaffneten politischen Gruppen verbündeten sich teilweise mit den Drogenhändlern. Es wurde möglich, jugendliche Auftragskiller (*sicarios*) zum Billigpreis anzuheuern. Dies alles heizte den Bürgerkrieg zusätzlich an.

Die Zeit der großen Drogenkartelle endete in den frühen neunziger Jahren. Nach der Zerschlagung des *Medellín-* (1993) und des *Calí-Kartells* (1995) begann sich der Drogenmarkt aufzufächern. Dennoch spielen Profiteure des Drogenhandels bis heute eine grosse Rolle, sie fördern Korruption, arbeiten mit den bewaffneten Gruppen zusammen und verkomplizieren den Bürgerkrieg.

## 2.2 Naturräumliche und wirtschaftliche Erklärungen

Bis in die 70er Jahre war die kolumbianische Pazifikküste nicht von Interesse. Das feucht-heisse Regenwaldgebiet war nur dünn besiedelt. Es herrschte – und herrscht - hohe Kindersterblichkeit und es fehlt an Bildungswesen, Kommunikationsmöglichkeiten und einer funktionierenden Gesundheitsversorgung. Die Bevölkerung betrieb dem Regenwald angepasste landwirtschaftliche Produktion, die auch ihrer kulturellen Identität entsprach.

Vier Aspekte liessen die Bedeutung des Gebietes anfangs 90er Jahre stark zunehmen:

- Ausbeutung der Ressourcen
- Infrastrukturelle Erschliessung
- Erforschung und Nutzung der Biodiversität
- Agroindustrie

Ebenfalls von zentraler Bedeutung, aber eher im illegalen Bereich:

- Drogen- und Waffenhandel sowie Schmuggel

Diese unterschiedlichen Interessen führen zu einem erbitterten Kampf um die „territoriale Kontrolle“.

Rütsche, Bruno: Die Pazifikküste im Würgegriff der Interessen

### 2.2.1 Ressourcen

Kolumbien besitzt im Moment nur 1% der weltweit bekannten Ölreserven. Aufgrund der geologischen Struktur wird aber angenommen, dass noch grosse Reserven vorhanden sind. Bisher wurden erst 9.2% der potentiell erdöhlhaltigen Schichten untersucht. Man schätzt die unbekannt Reserven auf 37 Mia. Fass, wodurch Kolumbien zu einem der wichtigsten Erdölländer ausserhalb der *OPEC* wird. Allerdings haben die aktuell genutzten Ölfelder ihren Produktionshöhepunkt überschritten. Um die Erdölexporte und die Selbstversorgung sicherstellen zu können, müssen dringend Investoren gefunden werden. Die Unsicherheiten im Land erschweren dies aber.

Es gibt auch Stimmen, die den *Plan Colombia* nicht nur als Plan zur Drogenbekämpfung sehen, sondern auch zum Schutz der US-Erdölinteressen in Kolumbien. Die Erdöl-Multis *Occidental Petroleum (OXY)*, *BP-Amoco*, *Enron-Energy* u.a. drängen darauf, dass Kolumbien US-Militärhilfe erhält. Die Öl- und Gasleitungen sind bevorzugte Ziele von Anschlägen der Guerrillas. Die Verluste durch Sprengungen führten bei *OXY* in den letzten 10 Jahren zu Verlusten von 1.5 Mia US \$.

Seit 1992 gibt es eine Kriegssteuer: Auf jedes Fass Öl wird eine Abgabe von 1 US \$ errichtet, welches der Armee ermöglicht Soldaten zur Bewachung der Öleinrichtungen einzusetzen. Immer wieder tauchen auch Hinweise auf, dass das Militär und teilweise sogar die Paramilitärs für zusätzliche Bewachungsdienste von den Multis direkt bezahlt werden.

Nach dem 11. September 2001 wird die Bekämpfung des Terrorismus in Kolumbien vermehrt verfolgt. Als erstes Projekt wurde der Schutz der Pipeline *Caño Limón / Conveñas* beschlossen, die täglich 115'000 Fass Öl transportiert – vor allem für den US-Markt. Am 11. Februar 2002 gab die US-Botschafterin in Kolumbien bekannt, dass 300 sensible US-Interessen in Kolumbien identifiziert worden sind und in Zukunft geschützt werden sollen.

Durch die Erdölförderung entstehen in den betroffenen Regionen soziale Konflikte und bewaffnete Akteure werden angezogen: Guerillagruppen erpressen die Ölmultis um eine andere Politik zu erzwingen, die Paramilitärs werden von gewissen Multis bezahlt um Schwierigkeiten mit beispielsweise Gewerkschaften zu lösen.

Für Medienaufmerksamkeit sorgte das Schicksal der indigenen Bevölkerungsgruppe der *U'was*. Sie verstehen sich von ihrem kulturellen Selbstverständnis her als Hüter der Erde. Durch die Erdölförderung in ihrem Gebiet müssen sie die Zerstörung der Natur miterleben. Da sie somit ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen können, hatten sie sich zum kollektiven Selbstmord entschieden. Das Beispiel zeigt, dass mit der Natur neben Lebensraum auch Kultur zerstört wird. Wie grundverschieden die Lebensanschauungen der *OXY* und der *U'was* sind, zeigen zwei Texte im Anhang 1.5.

Auf Erdöl ist das Hauptaugenmerk gerichtet. Insbesondere seit sich die USA um eine Diversifizierung der Öllieferanten bemüht. Kolumbien verfügt aber über eine Vielzahl – noch ungenutzter – weiterer natürlicher Ressourcen. Die Karte im Anhang 1.4.4 gibt einen Überblick.

Giraldo, P. Javier: Für das Recht nicht verkauft zu werden  
Suhner, Stephan, 2002: Die Konflikte um das Erdöl – vom Umgang mit dem natürlichen Reichtum

## 2.2.2 Infrastrukturelle Erschliessungen

Die geostrategische Lage Kolumbiens und die geplante Ausbeutung der Ressourcen wecken folgende Pläne:

- Bau einer interozeanischen Landverbindung zwischen Atlantik und Pazifik
- Panamericana lückenlos durch Kolumbien führen
- Zur Ausbeutung der Ressourcen und für Import/ Export weitere Erschliessungsstrassen und Hochleistungshäfen errichten
- Weitere Wasserkraftwerke bauen
- Erschliessung der Badestrände für den Tourismus

Die besondere Lage Kolumbiens zwischen Süd- und Nordamerika und zwischen den beiden Ozeanen ist im Zeitalter der Globalisierung strategisch bedeutend. Bereits als der Panamakanal noch in Planung war, wurde der Standort Kolumbien bei den Diskussionen um eine Atlantik-Pazifik-Verbindung in Erwägung gezogen. Schliesslich wurde jedoch der Panamakanal verwirklicht.

Durch die Entwicklung der Weltwirtschaft wurde bereits vor 30 Jahren bewusst, dass die Kapazität des Panamakanals nicht mehr ausreichte. Das veraltete Schleusensystem führte zu langen Wartezeiten. Die maximale Schiffsgrösse von 60'000 Tonnen reicht nicht mehr aus, da heute meist Schiffe von 250'000 Tonnen passieren müssten. Die zunehmenden Handelsbeziehungen zwischen Europa und Südostasien, insbesondere Japan, Taiwan, Südkorea und in absehbarer Zukunft auch China, stellen neue Anforderungen an die Verbindung über Pazifik und Atlantik.

Geplant ist im Norden Kolumbiens eine interozeane Verbindung, mit schnellen Eisenbahnverbindungen, Autobahnen, Flussverbindungen und gut ausgebauten Häfen. Die Pläne tangieren Gebiete, die bisher von selbstversorgenden Bauern bewohnt waren. Die Bevölkerung dieser Region gilt als eine der ärmsten des Landes. Im Bereich der Bauvorhaben finden unter starker Präsenz der Paramilitärs Landverkäufe, Enteignungen und Vertreibungen der Bevölkerung statt. Im Zeitraum von 1995 – 1999 spricht man von über einer Million durch Gewalt Vertriebenen. Die Bevölkerung versucht sich zu organisieren und Gebiete für sich zu beanspruchen. Die wirtschaftlichen Interessen sind jedoch zu gross. Kolumbien kann sich dieses Riesenprojekt selber nicht finanzieren. Vorgesehen ist eine gemischte private und öffentliche Finanzierung mit Hilfe ausländischer Konzerne und Investoren. Der Kanal könnte einen jährlichen Gewinn von schätzungsweise 1.3-1.8 Mia US \$ einbringen. Hinzu kommt, dass in der Region grosse Vorkommen an Gold, Platin, Silber, Bauxit, Mangan, radioaktivem Kobalt, Zinn, Chrom, Nickel, Kupfer, Edelhölzern und Fischbeständen bestehen. „Wir wollen aus dieser

Region ein gigantisches Unternehmen machen“, verkündeten Geschäftsleute gemäss *Amnestie International*, Kolumbien-Monatsbericht (1997, S.4)

<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/agp/free/colombia/interoz.html>  
Rütsche, Bruno, 2002: Die Pazifikküste im Würgegriff der Interessen

### 2.2.3 Erforschung und Nutzung der Biodiversität

Kolumbien gilt als eines der fünf megadiversen Länder. Dies bedeutet, dass das Land, welches lediglich 0.8% der Erdoberfläche bedeckt mit 45'000-51'000 Arten (= 15% der auf der Erde vorkommenden Arten) eine überdurchschnittlich hohe Vielfalt an Pflanzen und Tieren aufweist. Bei den Vögeln steht Kolumbien mit 1752 Arten sogar an weltweiter Spitze. Die Grafik im Anhang 1.6 zeigt einen Vergleich der Biodiversität Kolumbiens mit derjenigen Deutschlands. Der Grund für diesen Reichtum liegt in der topographischen Gliederung des Landes. Drei parallel verlaufende Gebirgszüge der Anden mit Höhen der Grössenordnung 5'000 m ziehen durch das Land und unterteilen das Gebiet in eine Vielzahl von Kammern, die Unterschiede in Mikroklima, Topographie und Böden aufweisen. Besonders hoch ist die Anzahl der Endemiten, also Pflanzen- und Tierarten, welche nur in Kolumbien lokal vorkommen. Die Bedeutung der Region Choco wird besonders hervorgehoben (siehe Karten Anhang 1.4.2 und 1.4.3). Von der grossen Anzahl an Tier- und Pflanzenarten ist bis heute nur ein kleiner Prozentsatz bekannt. Die enorme Biodiversität bedeutet ein grosses Potenzial für die Pharmaindustrie sowie Bio- und Gentechnologie. Die Erlangung der Patentrechte zur alleinigen Nutzung vieler bisher unerforschten Pflanzen und Tiere hat einen sehr hohen Marktwert. Kolumbien hat im Jahr 1994 die „Konvention über die biologische Vielfalt“ ratifiziert, welche auf internationaler Ebene folgende Ziele verfolgt: Erhaltung und nachhaltige Nutzung, sowie gerechte Aufteilung der Vorteile und Kenntnisse, die die Artenvielfalt bietet. Der biologische Reichtum ist jedoch bedroht, bevor er überhaupt vollständig erforscht sein wird. Abholzung, Siedlungsdruck, Ausdehnung landwirtschaftlicher Monokulturen, Spritzen von Kokafeldern mit Gift (siehe Abschnitt 2.3.2 *Plan Colombia*) kombiniert mit der fehlenden Wertschätzung auf politischer Ebene und unzureichenden wissenschaftlichen Kenntnissen lassen die Biodiversität abnehmen. Da viele Arten noch nicht bekannt sind, fehlen die grundlegenden Kenntnisse, um geeignete Schutzkonzepte ausarbeiten zu können.

Heine, Sabine (Biologin) in <http://www.gtz.de/biodiv/deutsch/bday-kolumbien.html>  
<http://www.deza-admin.ch> siehe Kolumbien

### 2.2.4 Agroindustrie

Traditionell ist Kolumbien ein Land der *Campesinos*, der Kleinbauern. Im Zeitalter der Globalisierung stehen sie plötzlich einer globalisierten, kapitalintensiven und hochproduktiven Landwirtschaft gegenüber, gegen welche sie ihre Campesinowirtschaft nicht aufrechterhalten können. Die Nahrungsmittelimporte haben sich seit 1991 versiebenfacht. Aber nicht nur Importe gefährden die Produktion der Kleinbauern: Man spricht von Relatifundisierung, einer permanenten Neulandgewinnung für Kleinbetriebe. Die Vertreibungen durch Paramilitärs, starke Nachfrage nach Land durch Drogenhändler, dadurch ansteigende Bodenpreise führen zu einem stetigen Weiterwandern der Kleinbetriebe (< 20 ha). Konstanz und Aufbau sind unter solchen Bedingungen nicht möglich.

Es läuft eine Gegenagrarreform. Deren Hauptaufgaben sind den sozialen Widerstand der Bevölkerung zu brechen – ohne sie als billige Arbeitskräfte zu verlieren – und möglichst viel Land und Ressourcen für Grossprojekte freizustellen. Der Agrarsektor soll möglichst in Plantagenkulturen Ölpalmen, Kakao und Kautschuk produzieren und damit in das globale wirtschaftliche Geschehen eingegliedert werden.

Der *Plan Colombia* (siehe Abschnitt 2.3.2) will mit dem Einsatz chemisch-biologischer und militärischer Massnahmen die Drogenkulturen um 50% reduzieren. Die frei gewordenen

Flächen werden wiederum mit Plantagen bepflanzt und die Campesinoproduktion wird durch die Herrschaft der Plantagenbesitzer ersetzt.

Suhner, Stephan, 2000: Welche Agrarreform schafft Frieden?

## 2.2.5 Wirtschaftliche Einbindung

Wirtschaftlich gehört Kolumbien gemeinsam mit Ecuador, Peru, Venezuela und Bolivien der Andengemeinschaft an. Wie die Karte im Anhang 1.6.1 zeigt, besteht im Norden des amerikanischen Doppelkontinents die Freihandelszone *NAFTA* (North American Free Trade Agreement), während sich der Rest Südamerikas unter *MERCOSUR* (Mercado Comun del Cono Sur) vereinigt.

Geplant ist eine panamerikanische Freihandelszone *FTAA* (Free Trade Area of the Americas) oder *ALCA* (Area de Libre Comercio de las Américas), welche von Alaska bis Feuerland reicht. Vertragsabschluss zwischen 34 Staaten in Nord-, Südamerika und der Karibik (ausser Kuba) soll 2005 stattfinden, damit die Handelszone 2006 in Kraft gesetzt werden kann. Insgesamt würde diese Zone ca. 800 Mio. Menschen umfassen (vgl. EU-25 ab 2004: 453 Mio.).

Viele Fachleute bezweifeln, dass die vielen verschiedenen Interessen harmonisiert werden können. Seit 1994 dauern die Verhandlungen bereits, wobei sich vor allem Brasilien und die USA rivalisieren. Brasilien fürchtet ein Übergewicht der USA und fordert als starkes Agrarland den Abbau von Agrarsubventionen, um Agrarprodukte in die USA einführen zu können. Die Agrarlobby wehrt sich vehement gegen diesen Abbau. Vor der Präsidentschaftswahl 2004 wird nicht mit Entscheiden gerechnet. Brasilien möchte deshalb eher die Verbindung *MERCOSUR* stärken. Als Antwort auf diese Bestrebungen versucht die USA mit den kleineren Staaten Südamerikas bilaterale Abkommen abzuschliessen, um diese auf ihre Seite zu ziehen. Mexiko hat bereits Erfahrungen in der *NAFTA* gemacht und nicht selten werden kritische Stimmen laut, die sich beklagen, dass billige US-Nahrungsmittel die lokalen Märkte überschwemmen und die *Campesinos* ihrer Lebensgrundlage berauben. Auch in Kolumbien gab es schon Demonstrationen. Am 28.6.2003 trafen sich die Präsidenten der Länder aus der Andengemeinschaft um sich Massnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft in der Region und Sicherheitsfragen zu überlegen. Die Spekulationen gingen in die Richtung sich mit *MERCOSUR* zusammenzulegen und so eine geeinte südamerikanische Front gegen die US-Pläne zur Errichtung einer panamerikanischen Freihandelszone (*FTAA*) zu bilden.

<http://www.learn-line.nrw.de/angebote/agenda21/lexikon/FTAA.htm>

Fischer-Weltalmanach 2004

Frankfurter Rundschau, Astheimer, Sven 6.9.2003:  
Auf dem Hinterhof kämpfen USA und EU um Einfluss

## 2.3 Die aktuelle Situation

### 2.3.1 Die Guerilla heute

Im Folgenden ein Zitat aus der Konfliktanalyse des Fischer Weltalmanach 2004, S. 494: "Der vor über 40 Jahren begonnene Guerillakrieg linksgerichteter Rebellen wandelte sich in den letzten Jahren zunehmend zu einem rein kriminell motivierten Bandenkrieg, bei dem die Kontrolle über den Drogenanbau und -handel und/oder Schutz- oder Lösegelderpressung im Vordergrund stehen." Dieser Einschätzung steht die Bewertung von Amnesty, der Arbeitsgruppe Kolumbien-Schweiz, aber auch diverser sozialwissenschaftlich Studien der Uni Kassel oder Hamburg gegenüber (um nur einige Beispiele zu nennen). Sie gestehen der Guerilla heute - wenn auch stark gemindert - noch immer politische Ziele zu, wie z.B. den Aufbau eines demokratischen Staates mit sozialer Gerechtigkeit, in dem die Grundrechte respektiert und politische Opposition möglich ist, ohne mit dem Tod bestraft zu werden. Allerdings zeigt sich eine zunehmende Diskrepanz zwischen Führung und Basis und zwischen Diskurs (politischem Programm) und Praxis. Die Basis der Guerilla zeigt immer weniger

ideologische, sondern immer pragmatischere Motivationen. Der Eintritt in die Guerilla ist oft ein Schutz vor militärischen und paramilitärischen Kräften, die Folge von Gewalterlebnissen oder die einzige Zukunftsperspektive.

Einige Methoden der Guerilla sind mit dem humanitären Völkerrecht unvereinbar, so die aussergerichtlichen Hinrichtungen, die Entführungen, Zwangsrekrutierung (junge Bauern werden gezwungen, der Guerilla beizutreten), illegale Steuererhebung, gewisse Angriffsmethoden oder der Gebrauch von Minen und anderer unkontrollierter Sprengsätze. Die paramilitärische Logik des gewaltsamen Miteinbezugs der Zivilbevölkerung in militärische Aufgaben führt auf der Seite der Guerilla zu einer zunehmenden Intoleranz gegenüber Zivilpersonen und sozialen Gruppen, die ihre Unabhängigkeit gegenüber der Guerilla einfordern. Im Rahmen ihrer Strategie, Einfluss in den Städten zu erlangen, forcierten *FARC* und *ELN* die Bildung so genannter „Milicias“. Das waren vor allem junge Stadtbewohner, die sich von den Guerillas unterstützt zu Selbstverteidigungseinheiten zusammenschlossen (gegenüber den Paramilitärs). Diese Milizen degradierten in vielen Fällen zu Verbrecherbanden und sind für zahlreiche Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht verantwortlich. Die Verantwortung dafür muss die Guerilla übernehmen, denn sie hat diese Milizen ins Leben gerufen. Die Guerilla ist mit einem schweren inneren Widerspruch konfrontiert: mit gewaltsamen, autoritären Methoden soll eine demokratische Gesellschaft entstehen.

### 2.3.2 Friedensprozess und *Plan Colombia*

Ausgangsbedingung für dieses Projekt war die Einsicht der US-Administration, dass ein militärisches Eingreifen in Kolumbien notwendig wurde, um die eigenen Interessen auf dem lateinamerikanischen Subkontinent abzusichern.

Das am 21.9.1999 vorgestellte Projekt beinhaltete eine klare Ausrichtung auf eine militärische Lösung des Konflikts, eine harte neoliberale Wirtschaftspolitik und eine gewaltsame Lösung des Drogenproblems. Bei diesem mit über 7 Milliarden Dollar finanzierten Plan handelt es sich um ein geostrategisches Großprojekt. Zwar sollen im Rahmen dieses Plans unter anderem Maßnahmen in den Bereichen Entwicklung, Verwaltung und Justiz, Drogenbekämpfung sowie Militär und Polizei finanziert werden. Besorgnis erregte jedoch vor allem der von den USA bewilligte Anteil von 1,3 Milliarden US-Dollar, von dem über 70 Prozent direkt an das Militär gehen. Für Substitutionshilfen für Bauern zum Ausstieg aus dem Kokaanbau wurden dagegen nur 81 Millionen US-Dollar veranschlagt. Allein 2002 konnte die Armee die Anzahl ihrer Hubschrauber von 76 auf 170 mehr als verdoppeln. Nachdem die Zahl der Soldaten zwischen 1985 und 1998 bereits von 66.000 auf 146.000 erhöht worden war, kündigte die Regierung Uribe die Verdopplung der Streitkräfte an. Das Zielgebiet des *Plan Colombia* liegt fast ausschließlich im Süden des Landes - der Hochburg der *FARC*. Da jedoch andere Drogengebiete - in denen die Paramilitärs dominieren - unbeachtet bleiben, ist eine Vermischung des Kampfes gegen die Drogen mit dem Kampf gegen die *FARC*-Guerilla offensichtlich.

[http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/060ak\\_079ak\\_kolumbien.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/060ak_079ak_kolumbien.htm)

Die plötzliche Aufmerksamkeit für das Andenland speist sich vor allem aus vier Motiven. Zunächst herrscht in der US-Regierung große Sorge vor einer möglichen kubanisch-venezolanisch-kolumbianischen „Achse des Bösen“. Gerade die Außenpolitik der venezolanischen Regierung Chávez kann als offene Oppositionshaltung gewertet werden und greift verschiedene Megaprojekte in der Region an (z.B. die geplante gesamtamerikanische Freihandelszone *ALCA* (*Área de Libre Comercio de las Américas*)). Das Abkommen soll im Jahr 2005 in Kraft treten und würde den Neoliberalismus gesetzlich als wirtschaftspolitische Doktrin Lateinamerikas festschreiben. Kolumbien spielt in diesem Projekt eine wichtige Rolle. Das Land erscheint infolge seiner geografischen Lage als Drehscheibe. Sämtliche Landtransportwege zwischen Nord- und Südamerika passieren Kolumbien. Der Kordillerenstaat besitzt Grenzen zu

fünf Staaten und als einziges südamerikanisches Land Zugang zum Pazifischen und Atlantischen Ozean. Zudem gibt es in Kolumbien viele Rohstoffvorkommen, die teilweise wegen der Guerillaaktivitäten noch nicht erschlossen sind. Neben den beachtlichen Erdölvorkommen und der Smaragdförderung im Nordosten des Landes sind auch Steinkohlelagerstätten von gewissem Rang.

Der Schweizerische Bundesrat hat 2001 in einer Antwort auf eine *Einfache Anfrage* deutlich gemacht, dass er sich vom *Plan Colombia* distanziert:

- Die wichtige militärische Komponente des Planes droht den bewaffneten Konflikt zu verschärfen.
- Der Plan wurde nicht ausreichend mit der Zivilgesellschaft, den regionalen Behörden und den Nichtregierungsorganisationen Kolumbiens besprochen.
- Für die Probleme im Zusammenhang mit der Drogenherstellung und dem Drogenhandel sieht der Plan keine umfassende Strategie vor.
- Im Gegenteil sind im Plan Massnahmen gegen die Drogenherstellung vorgesehen, welche die reiche Biodiversität Kolumbiens zu gefährden drohen.

### 2.3.3 Die Regierung Uribe

Uribe gilt als Hardliner. Er hat den 1998 von der Regierung Pastrana in Gang gesetzten Friedensprozess bei seiner Amtsübernahme beendet. Der Friedensprozess lief äusserst harzig, beide Seiten haben während den Verhandlungen zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begangen. Schliesslich glaubten alle Konfliktparteien, die Verhandlungen wären ein Fehler und sahen sich als Verlierer.

Für den Abbruch der Friedensverhandlungen und eine harte Gangart findet Uribe Unterstützung bei der traditionellen Oligarchie und den multinationalen Unternehmen. Die Uribe-Regierung begann schnell mit ihrer Arbeit:

- Am 13. August 2002 verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das ermöglicht, an Kriegsschauplätzen die Gewaltenteilung und verfassungsmässigen Grundrechte aufzuheben. In diesen Gebieten geht die gesamte Befehlsgewalt an den jeweiligen militärischen Kommandanten über.
- Das Anti-Terrorstatut von 2003 erlaubt es der Regierung, ohne richterliche Anordnung den gesamten Briefverkehr und jede Form von privater Kommunikation zu überwachen und Verhaftungen und Hausdurchsuchungen durchzuführen.
- Die unabhängige Justiz wird zur Zielscheibe der Verfolgung, wann immer Menschenrechtsverletzungen durch Militär, paramilitärische Gruppen, Polizei oder Geheimdienst zu untersuchen sind; betroffen sind Gerichtshöfe, ebenso wie Staats- und Rechtsanwälte. Die Palette des ausgeübten Drucks reicht von öffentlicher Verleumdung bis zu Drohungen, Entlassungen und Strafanzeigen.
- Eine weitere Massnahme im Kampf gegen die Guerilla ist Uribes Programm der *Demokratischen Sicherheit*. Dazu gehören die Einführung eines Spitzelnetzes von einer Million Personen und die Bewaffnung von Bauern. Die mutmassliche Weitergabe von Information an bewaffnete Gruppen über deren Gegner ist in Kolumbien seit jeher eines der Argumente, mit denen bewaffnete Gruppen gegen die Zivilbevölkerung vorgehen. Die Einführung eines Netzwerks von bezahlten Spitzeln und 15'000 "Bauernsoldaten", die nebenberuflich als Soldaten aktiv werden, involviert die Zivilbevölkerung weiter in die bewaffneten Auseinandersetzungen, was gegen das Völkerrecht verstösst!
- Im November 2002 nahm die Uribe-Regierung Friedensverhandlungen mit der Paramilitärischen Organisation AUC auf, die im Juli 2003 zu einem vorläufigen Ergebnis führten. Die Mitglieder der AUC können ihre Waffen abgeben und an einem Reintegrationsprogramm teilnehmen. Diese Gelegenheit haben bereits einige Paramilitärs wahrgenommen. Die Waffenabgabe wurde mediengerecht als Show inszeniert (NZZ 22. Januar 2004). Die Friedensverhandlungen sehen für die Paramilitärs weitgehende Straffreiheit vor, dies im Gegensatz zu den Empfehlungen des UN-Hochkommissariats.

### 3 Literaturverzeichnis

Der Text basiert, wo nichts anderes vermerkt ist, im Wesentlichen auf:

- Amnesty International, Kolumbien-Monatsbericht, No. 2/2000: Rütsche, Bruno, Kolumbien: Versuch einer Konfliktanalyse
- Amnesty International, Kolumbien-Monatsbericht, No. 06/2003, Der Konflikt in Kolumbien: Die Sicht des UNO Delegierten James Lemoyne, Übersetzung und Bearbeitung des Interviews: Bruno Rütsche
- Infoe CH (2000): Fossile Ressourcen, Erdölkonzerne und indigene Völker. Institut für Ökologie und Aktionsethnologie, CH: Fallbeispiel Kolumbien, ethnologische Angaben zum Leben der U'wa und der Erdölförderung
- Kolko e.V., Menschenrechte in Kolumbien, Infomappe Jan. 2004, zur Verfügung gestellt von Marta Fotsch, Amnesty International
- Krumwiede, Heinrich-Wilhelm/Stockmann, Reinhard: Kolumbien. In: Waldmann, Peter/ Krumwiede, Heinrich-Wilhelm (1992, 3. Aufl.): Politisches Lexikon Lateinamerika. C.H. Beck: München: 188-202)
- Nohlen, Dieter, Lexikon der 3. Welt, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 2002
- [www.deza-admin.ch](http://www.deza-admin.ch) Abschnitt Kolumbien
- [www.fr-aktuell.de](http://www.fr-aktuell.de): (Frankfurter Rundschau) Astheimer, Sven 6.9.2003, Auf dem Hinterhof kämpfen USA und EU um Einfluss
- [www.gtz.de/biodiv/deutsch/bday-kolumbien.html](http://www.gtz.de/biodiv/deutsch/bday-kolumbien.html): Heine, Sabine: Angaben zur Biodiversität
- <http://www.kolumbien-aktuell.ch>: Giraldo, P.Javier: Für das Recht nicht verkauft zu werden; Rütsche, Bruno: Die Pazifikküste im Würgegriff der Interessen; Suhner, Stephan: Die Konflikte um das Erdöl – vom Umgang mit dem natürlichen Reichtum; Suhner, Stephan, 2000: Welche Agrarreform schafft Frieden?
- <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/agp/free/colombia/interoz.html>: Interozeanische Verbindung
- <http://www.learn-line.nrw.de/angebote/agenda21/lexikon/FTAA.htm>
- <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Kolumbien/pohl.html>: Pohl, Günter, Kolumbien: Der lange schmutzige Krieg, Ein Hintergrundbericht über die Ursachen der Gewalt , in "unsere zeit", 24.5.2002
- <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Kolumbien/Welcome.html>: Schmalz, Stefan, Zur Anatomie des Bürgerkriegs, in: Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 55, Sept. 2003

#### Weitere Links und Literaturhinweise

- Amnesty International, Jahresbericht 2003, Frankfurt am Main, 2003, Artikel Kolumbien
- Digitaler Brockhaus 2004, Artikel Kolumbien
- Fischer Weltalmanach 2004, Artikel Kolumbien
- Eduardo Galeano (2000): Die Füße nach oben. Zustand und Zukunft einer verkehrten Welt. Peter Hammer Verlag, D-Wuppertal. (Lateinamerika und Entwicklungsphilosophische Gedanken)

- Eduardo Galeano (2003): Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents. Peter Hammer Verlag, D-Wuppertal. (Geschichte Lateinamerikas, nicht aktuelle politische Geschehnisse)
- Márquez, Gabriel Garcia, Hundert Jahre Einsamkeit (Beschreibung der Auseinandersetzungen des frühen 20. Jhs., Entwicklung der Klassenkämpfe am Beispiel einer Siedlerfamilie durch mehrere Generationen)
- [http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/060ak\\_079ak\\_kolumbien.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/060ak_079ak_kolumbien.htm)
- [http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/060\\_kolumbien.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/060_kolumbien.htm)
- <http://colombialibre.net/colombialibre> (Paramilitärs)
- <http://www.cgfm.mil.co> (kolumbianische Armee)
- <http://www.eln-voces.com> (ELN)
- <http://www.farc-ep.org> (FARC)
- <http://www.jungewelt.de/resistencia> (deutschsprachige Zeitschrift der FARC)
- <http://www.kolumbien-aktuell.ch> (Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien)
- <http://www.presidencia.gov.co> (Regierung Kolumbiens)